

Sächsische Volkszeitung

Bezugspreis: Wochentheil 10 Pf. Band Ausgabe A mit illustriertem Beilage 12.75 M., Ausgabe B 11.95 M.
einheitlich Volkszeitung

Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochenenden nach. — Schriftzettel der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vorne.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorne. — Preis für die Zeit-Blattseite 1.40 M., im Stellmetall 0.50 M., Familienanzeigen 1.30 M. — Für unbedeutend geschriebene, sowie durch Gernsprecher aufgegebene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen.

Die Annahme des Ultimatums

Das neue Reichskabinett Wirth

Die letzten Stunden der Entscheidung!

Die Vorgänge, die in den Nach vom Montag auf Dienstag im Reichstage sich vollzogen, boten ein Spiegelbild für die Verwirrung, um nicht zu sagen Verfahrenheit in den Parteien. Der Mangel an Entschlossenheit trat in Formen zutage, die selbst denjenigen, der mit solcherlei parlamentarischen Situationen aus den letzten Jahren schon rechtlich vertraut ist, in ein grenzenloses Erstaunen setzten mußte, der auf Fernrechende aber gelegentlich niederschmetternd zu wirken geeignet war.

In dieser Nacht sollte nämlich ein definitiver Entschluß der Parteien um das Ja oder Nein gegenüber dem Entente-Ultimatum gefaßt werden. In die Verhandlungen der Fraktionen war außerdem noch ein Moment der Überraschung hineingetragen worden durch eine ganz unbegreifliche Unterlassungsstunde des Auswärtigen Amtes. Die Repräsentanten der Mitglieder aller Parteien waren der Auffassung, daß das Ultimatum exist in der Nacht vom Montag zum Dienstag abzelaufen ist. Am Montagnachmittag hat dann das Auswärtige Amt erklärt lassen, daß das Ultimatum bereits Mittwoch nach 12 Uhr abgelaufen ist und daß spätestens am Dienstag abend die Entscheidung des Reichstags vorliegen und das Kabinett gebildet sein müsse. Wie können es uns nicht verfassen, auch diesmal, wie schon einmal, auf das völlige Verfolgen des Auswärtigen Amtes hinzuweisen; wir enthalten uns zunächst dabei eines Urteils, auf welche Weise sich diese Unbegreiflichkeit zurückzuführen ist.

Bei den Verhandlungen drehte sich alles um die Stellungnahme der mit dem Zentrum die Regierung bildenden Deutschen Volkspartei und der Demokraten. Es war ein Bild, nichts weniger als erbaulich, wie diese beiden Parteien in allem und jedem, was sie sagten und taten, nach rechts oder nach links schielten, um nur ja nicht von den Konkurrenten geschlagen zu werden. Diese Mühsamkeit war nicht ganz frei — und das muß man offen aussprechen — von wahlpolitischen Gemüngungen. Man hätte sich sehr gefreut, wenn andere Parteien die Verantwortung für diesen furchtbaren Schritt übernommen hätten, und wenn auf diese Weise den in Opposition stehenden Parteien die Möglichkeit geblieben wäre, in späteren Erörterungen sich als diejenigen hinzustellen, die diesen Schritt nicht mitgemacht hätten!

Und wie gering und armelig war all das gegenüber den groben und schweren Schicksalsfragen, um deren Entscheidung es sich nun handelte. Ist es nicht höchste und edelste nationale Gewinnung, alles, auch das lezte daran zu setzen, um Heimaterde feindlicher Besetzung nicht preiszugeben? Spricht es nicht für das wärmlste Gefühl für die Volksgenossen, wenn auch das Leuchtende beschaut wird, um nicht hunderttausende Brüder und Schwestern unter das noch rachsüchtiger Großerer zu bringen? Und dazu kam in dieser ersten Stunde noch etwas anderes: Die Notwendigkeit, deutsches Gebiet im Osten, das in den Händen politischer Auftrüger sich befand und das in Gefahr stand, mit all seinen reichen Bodenschätzen, dem deutschen Lande verloren zu geben, wieder zurück zu gewinnen. Das waren Gesichtspunkte, die freilich auf das schwierste ins Gewicht fallen mußten.

Aber was fanden wir im Reichstage in dieser Nacht? Nichts anderes als ein Feuerschein um die bessere parteipolitische Situation! Am heissen ging es in der Deutschen Volkspartei her. Diese Partei mochte in den letzten Tagen Schwierigkeiten durch, die von Stunde zu Stunde neue Formen annahmen. Noch am Samstagabend war eine überwiegende Mehrheit innerhalb der Deutschen Volkspartei für die Annahme des Ultimatums, und zwar aus politischen wie aus wirtschaftlichen Gründen. Der als Reichskanzlerkandidat genannte deutsche Volkspartei Abg. Stresemann sah ebenfalls für diese Annahme ein. Dazu kam, daß der deutschvolkspartei Reichsminister v. Braumort zur großen Überraschung der Fraktion der Volkspartei sich aus wirtschaftlichen Gründen gleichfalls für die Annahme des Ultimatums einsetzte. Schließlich ließ die Deutsche Volkspartei auch noch in ihrer Fraktion den General d. Seestdt., den Berater des Reichswirtschaftsministers Gehler, zu Worte kommen, der über die Entwaffnungsfrage sprach und es für notwendig erachtete, daß in dieser Frage namentlich hinsichtlich der Entwaffnung der Offizierungen und der Auflösung der bewaffneten Einwohnerwehren die Annahme des Ultimatums nicht weiterstünde, denn, so führte dieser militärische Sachverständige mit Recht aus, eine Beziehung des Ruhegebietes würde Deutschland ohnehin sämlicher technischen Voraussetzungen seiner Wehrkraft und Wehrmacht berechnen. Auf der Basis all dieser gewichtigen Meinungen und unterstellt durch Informationen, die Stresemann selbst aus französischen Quellen erhalten hatte, nachdem der Minister von Raumer seine Auffassung auf die Meinung verschiedener maßgeblicher Großindustriellen stützen konnte, kam die Deutsche Volkspartei in ihrer Weisheit zu der Annahme, dem Ultimatum zuzustimmen. Alsbald aber, und zwar merkwürdigweise sofort, nachdem der offizielle Beschluss der Reichssozialdemokraten, der sich für die Annahme des Ultimatums aussprach, bekannt geworden war, gab es wieder einen Ausschlag des Abstimmungsendes nach der anderen Seite. Dazu kamen bestimmte Einfüsse, die im Hinblick auf die Deutschenationalen, die es sich mit ihrer platten Ablehnung sehr leicht gemacht hatten, geltend gemacht worden waren. Und so stand es um Mittwochnacht am Dienstag den 10. Mai wieder ungelöst: Die Deutsche Volkspartei war in überwiegender Mehrheit gegen die Annahme, und nur Stresemann mit fünf von seines Anhängern war dafür. Die Gruppe um Stresemann und die Wirtschaftskreise, die durch die Gruppe erfaßt werden, hatten ihre mächtigsten Einfüsse geltend gemacht, die in diesem Augenblick auch zum Siege gekommen waren.

Und nebenher tollzog sich das übliche Schauspiel bei den Demokraten. Sie als die politischen Vertreter des Handelskapitals waren in ihrer Stellungnahme von ähnlichen Gesichtspunkten geleitet, wie die Deutsche Volkspartei. Und in der betreffenden Fraktionssitzung ging das Pendel jeweils fast in derselben Richtung wie die Verhandlungen bei der Deutschen Volkspartei ließen. Bei den Demokraten bestand zunächst fast Stimmenungleichheit für ja und nein. Die Situation hat sich dann im Laufe des Dienstag morgen infolger geändert, als man annehmen kann, daß die Mehrheit der Demokraten sich für die Annahme des Ultimatums aussprach werden. Die im Zusammenhang mit dem Ultimatum stehende Frage der Kabinettbildung war bei diesem Stand der Dinge fürtler in den Vordergrund gerückt als in den letzten Tagen. In den Vormittagsstunden des Dienstags konnte man noch glauben, daß ein Kabinett auf der Grundlage der bisherigen Koalition zustande kommen würde.

Diese Erwartung zeigte sich aber bald als irreal; es trat vielmehr eine völlig neue Situation ein, als gegen mittag 12 Uhr die Sozialdemokraten, die sich bis dahin gegen eine Beteiligung an der Regierung ablehnend verhalten hatten, sich bereit erklärt, in die Regierung einzutreten unter der Bedingung, daß sie erstens den Reichskanzler stellen und zweitens in dem Kabinett keine Mitglieder der Deutschen Volkspartei vertreten seien dürfen. Aber auch diese Situation änderte sich blitzartig. Die Sozialdemokraten gaben den Anspruch auf den Kanzlersposten auf und erklärten, sie würden, daß das Zentrum den Kanzler stelle. Die Person Wirth, die vom Zentrum bereits in der neuen Konstellation mit für die engere Wahl in Aussicht genommen war, sei ihnen genugt. Neben Wirth war auch der Aiblinger Oberbürgermeister Aebenauer, Präsident des vereinigten Staatsrates als aussichtsreicher Kandidat für den Reichskanzlersposten in Frage gekommen. Dieser knüpfte aber an die Nebenbedingung des Reichskanzlerspostens Bedingungen, denen man im allgemeinen zwar zustimmen konnte, von denen sich aber herausstellte, daß es bei den zur Verfügung stehenden Fällen nicht mehr möglich sein würde, sich über sie zu einigen. Da aber Herr Aebenauer selbst an seinen Forderungen festhalten zu müssen glaubte, so konnte seine Kandidatur, so bedauerlich es sein mag, tatsächlich nicht mehr in Frage kommen und in den Vordergrund trat nun eine Kandidatur des bisherigen Finanzministers Dr. Wirth. Dr. Wirth wurde in den Mittagsstunden zum Reichspräsidenten ausersehen, der ihn mit der Bildung des Kabinetts beauftragte. Was die Deutsche Volkspartei anlangt, so steht das Verlangen der Sozialdemokratie, daß diese nicht im Kabinett vertreten sein solle, bei den übrigen bürgerlichen Parteien auf die allergrößten Bedenken. Hier auch hierklärte sich bald die Situation, denn die Deutsche Volkspartei selbst ließ mit aller Bestimmtheit erklären, daß sie sie entscheidend sei die Stellungnahme zum Ultimatum, und da die weit überwiegende Mehrheit der Deutschen Volkspartei gegen das Ultimatum stimmten zu müssen glaubte, so war nach der eigenen Auffassung der Deutschen Volkspartei eine Möglichkeit, sich an der Kabinettbildung zu beteiligen, nicht mehr gegeben. Damit war auch diese gespannte Situation nochmals

plötzlich. Die Demokraten, die zunächst gegenüber dem Ultimatum eine geteilte Haltung eingenommen, dann aber in der Weisheit sich für die Annahme entschieden hatten, fielen im letzten Augenblick wieder auseinander und erklärten, daß sie nicht in der Lage seien, zudem ihre Fraktion schwach besetzt sei, sich an der Kabinettbildung zu beteiligen. Erst im letzten Augenblick haben die Demokraten den Führern der übrigen Fraktionen erklärt, daß sie zum Eintritt in das Kabinett bereit seien, so daß kurze Zeit vor dem Plenum die Lage wieder hergestellt war, wie sie am frühen Nachmittag bestanden hatte. Das neue Kabinett konnte nun gebildet werden. Die Reichstagswahl begann abends 9 Uhr. Die Reaktion der Parteien gab kurze Erklärungen ab. Mit 21 Stimmen gegen 175 bei einer Stimmenthaltung wurde bald 1 Uhr nachts der Antrag Müller-Trimborn angenommen, der die Regierung ermächtigt, das Ultimatum bejahend zu beantworten.

In dieser Stunde ist nunmehr die Entscheidung gefallen. Sie ist in ihrer Wirkung für die Zukunft des Deutschen Volkes von so ungemeiner und einschneidender Bedeutung, daß es nicht wieder nehmen kann, wenn dem endgültigen Schluß des Parteien eine Prüfung vorausging, die alle Spielarten und alle Folgen, die sich im Falle einer Ablehnung oder einer Annahme ergeben müssen, eingehendster Erwähnung unterzog. Die Lage war ja um so schwieriger, als Gewalt und Verlauf des Ultimatums eine eindeutige und bestimmte Entscheidung verlangten und irgendwelche Vorbehalte nicht zulassen. Ein Vorbehalt in dieser oder jener Punkte hätte einer Ablehnung gleichkommen müssen. Wer allein die wirtschaftlichen Gründe in Betracht ziehen will, der wird sich allerdings der Ergebnis nicht verständigen können, daß in den aufgestellten Forderungen eine Verbindung zwischen Wirtschafts- und Finanzknoten enthalten ist, die das Wohl der vitalen deutschen Lebensinteressen übersteigt und daß sich daraus nicht zu unterschiedlichen Bedenken ergeben müssen. Aber bei Lösung dieser ungewissen Schwierigkeit waren nicht allein Wirtschaftsmomente ausschlaggebend, nein, um vieles mehr mußten die politischen Gesichtspunkte in Rechnung gestellt werden. Eine Ablehnung des Ultimatums würde die sofortige Beziehung des Flüchtlingshauses, des wichtigsten Rohstoffes Deutschlands, und wahrscheinlich auch den Reichstag übernehmen bringen. Zu dem wäre zu fragen, ob das deutsche Volk in seiner innerpolitischen Vermittlung noch genug sein würde, die Folgen einer Ablehnung zu tragen. Denn nur ein in allen seinen Teilen einiges Volk könnte es wagen, sich einer solch ungeheuren Belastungsprobe auszusetzen, wie sie ihm auferlegt würde. Der Gedanke des Einigkeit aller deutschen Stämme müßte dann aufs neue eine Probe aushalten, deren Ausgang nicht vorausgesagt werden kann.

Der Schicksalspruch ist nun gefallen. Die Parteien, die für die bejahende Beantwortung des Ultimatums gestimmt haben, haben eine Beantwortung auf sich genommen, wie sie bisher in der ganzen deutschen Geschichte noch nicht getan worden ist. Sie tragen aber diese Beantwortung in dem Bewußtsein, daß dies der einzige gangbare Weg ist, das unglückliche deutsche Volk vor weiterem Unglück zu bewahren und damit den inneren Frieden zu dienen.

Die Erklärung der Parteien im Reichstage

Berlin, 10. Mai.

Um 9 Uhr warb die Sitzung eröffnet. Das Haus ist dicht besetzt, die Tribünen sind bis auf den letzten Platz gefüllt und in der Diplomatenloge stehen zahlreiche Vertreter der feindlichen und der neutralen Staaten. Der neue Reichskanzler Dr. Wirth nimmt mit den Mitgliedern seines Kabinetts am Regierungstisch Platz.

Um 9 Uhr eröffnete Präsident Löbe die Sitzung mit folgender Ansprache:

Der Reichstag hat sich versammelt, um eine Entscheidung von unabsehbarer Tragweite zu fällen. Indem ich die Sitzung eröffne, gebe ich dem Wunsche Ausdruck, daß unsere Verhandlungen von dem Weiste getragen sein mögen, den die geschichtliche Stunde uns allen gezeigt. Unter den Eingängen befindet sich die Erklärung der Verbindeten vom 5. Mai mit den Entschuldigungsverpflichtungen, fermer das Abkommen zwischen der deutschen Regierung und der russischen sozialistischen Sowjetrepublik über die Errichtung der Tätigkeitsgebiete der beiden seitigen Vertretungen. Wie treten in die Zusammenordnung ein. Einziger Gegenstand ist die Entgegnahme einer

Erklärung der neuen Reichsregierung.

Das Wort dazu hat der Herr Reichskanzler Dr. Wirth.

Reichskanzler Dr. Wirth:

Der Herr Reichspräsident hat mich ersucht, die Kabinettbildung zu übernehmen, und ich habe geplant, in einer so entscheidenden Stunde mich diesem Aufruhr nicht versagen zu dürfen. Bei Reichsministern sind durch den Herrn Reichspräsidenten ernannt: Reichskanzler Dr. Wirth, der bis auf weiteres auch das Ministerium des Außenwesens übernimmt. Reichsminister und stellvertretender Reichskanzler Dr. Bauer, der Reichsminister des Innern Dr. Bradnauer, Reichsjustizminister Schiffer, Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Hermes, Reichswirtschaftsminister Dr. Gehler, Reichsverkehrsminister Gröner, Reichsportsminister Giesberts. Das Reichsfinanzministerium ist vorläufig unbefestigt. Die Umstände, unter denen die Regierung gebildet werden mußten, haben es mit sich gebracht, daß nicht alle Ministerien besetzt werden konnten. Die hierdurch gebotene Er-

gänzung des Kabinetts soll in Erwägung aller für seine Zusammensetzung wesentlichen Gesichtspunkte unverzüglich in Gang gesetzt werden. Die Aufgabe in dieser schweren Stunde ist, die Entscheidung des Reichstages über das Ultimatum der verbündeten Regierungen herbeizuführen. Im Hinblick auf den Ablauf des Ultimatums bitte ich Sie, Ihre Meinung durch unverzügliche Entscheidung Ausdruck zu geben.

Es bleibt uns keine andere Möglichkeit als die Annahme oder Ablehnung.

Das ist bedeckt, daß wir uns bereit erklären, die schweren finanziellen Lasten, die von Jahr für Jahr von uns fordert, in freier Arbeit zu tragen; die Ablehnung aber würde die zwangsläufige Verhinderung in unsere ganze Volkswirtschaft, und würde bedeuten Sklavereiarbeit unter Rücksicht feindlicher Marionette, und bedeutet die Auslieferung der Grundlagen unserer ganzen industriellen Tätigkeit. Herstellung unseres so stark geschwächten Wirtschaftslebens mit Ablösung unseres ganzen Erwerbslebens wären die Folge. Aber noch ungewöhnlicher könnte sich die Wirkung auswählen in unserem politischen Bestand, für unsere Arbeit. Es steht mehr als Geld und Gut auf dem Spiele. (Sehr richtig) Es handelt sich um die Zukunft unseres harten geprägten geliebten Vaterlandes.

Das deutsche Volk ist zu den höchsten materiellen Opfern bereit.

Die deutsche Regierung nimmt aus diesem Grunde

das Ultimatum an.

Die Verantwortung für die weltwirtschaftlichen Folgen des Ultimatums liegt bei der Regierung. Nur durch Leistungen können wir unsere Gegner von der Aufsichtsleistung unseres Wollens überzeugen und dadurch die Atmosphäre schöpfen, in der eine erträgliche Handhabung des Londoner Vertrags in dem großen Rahmen unseres Bestandsfähigkeits gesichert wird. Durch die Annahme des Ultimatums beteiligen wir die nah drohende Beziehung des Kriegsgebiets. Die vielfach geäußerte Befürchtung, daß es auf jeden Fall, wogen wir unterscheiden oder nicht, zum Krieg führen wird, findet in dem Ultimatum keine Stütze. Nach seinem Sinn und Verstand bildet die Achtundneunzigste von Sanctionen insbesondere die Nichtbefreiung des Kriegsgebiets, die Grundlage der Annahme des Ultimatums. Dass wir bei dieser Schicksalswoche Entscheidung unserer Sicht auch auf

Oberöschleien

richten, bedarf keiner Begründung. In dieser Hinsicht vertrauen wir fest auf das Ergebnis der Volksabstimmung. Worauf es jetzt ankommt, ist, daß die verbündeten Regierungen den von polnischer Seite gemachten Versuch, eine allem Recht hohnsprechende vollendete Katastrophe zu schaffen, nicht dulden werden, daß auf keinen Fall ein polnischer Diktator die wenigen Rechte, die uns der Friedensvertrag gibt, mit Füßen tritt. Dieser Friedensvertrag, aus dem uns so eignige Kosten auferlegt werden, begründet für die verbündeten Regierungen heilige Pflichten. Meine Damen und Herren,

die neu gebildete Regierung empfiehlt Ihnen nach gewissenhafter Prüfung die Annahme des Ultimatums. (Beifall.)

Das Haus tritt sofort in die Befreiung ein.

Für die Sozialdemokratie gibt Abg. Wels eine Erklärung ab, die besagt: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat ihre Teilnahme an einer Regierung beschlossen, die durch Annahme des Ultimatums Deutschland vor den unmittelbaren katastrophalen Folgen einer Ablehnung retten und den ehrlichen Versuch machen will, das uns auferlegte nach bestem Können zu erfüllen. Zur Lösung ihrer schwierigen und verantwortungsvollen Aufgabe bedarf die Regierung der Einsicht und hingedenkenden Unterstützung der weitesten Volkskreise. Aus diesen Gründen sind wir zur Unterstützung der neuen Regierung bereit. (Beifall bei Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Trimborn (Zentrum) gibt names der Zentrumsfaktion eine Erklärung ab, in der es heißt: Bei der Erwähnung der Gründe für und gegen die Ablehnung haben wir es für wahrscheinlich erachtet, daß das Deutsche Reich und das deutsche Volk bei der Annahme der Forderungen der Verbündeten in seinem Fortbestand weniger gefährdet sei als bei der mit ihrer Ablehnung eintrittenden Zukunft. Im Falle der Ablehnung sind wir mit der Befreiung des Reichsgebietes bedroht. In der Überzeugung, daß es für die Einhaltung und für Wiederherstellung Deutschlands keinen andern Weg gibt, als die Unterstreichung der Reichsregierung, haben wir uns entschlossen, unsere Zustimmung zu ihr durch unser Ja zum Ausdruck zu bringen, womit wir gleichzeitig die Erfüllung unserer Entwaffnungsausgabe aussprechen. Dem Kabinett, das auf der Grundlage der Bereitschaft zur Unterstreichung gebildet ist, sprechen wir unter Verzerrung aus. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Stresemann (D. P.): Die Fraktion ist einsinnig der Auffassung, daß die uns im Ultimatum zugewandten Leistungen nicht ertragen werden können, ohne zum Zusammenbruch zu führen. Das Ultimatum eröffnet zu einer Zeit, wo unsere Grenzen noch nicht einmal feststehen, und nötigt uns in der Zeit größter Gefahr, unsere Wehr im Osten aufzubauen. Außerdem haben unsere Forderungen an Sicherheiten wegen Aushebung der Sanktionen bislang keine befriedigende Antwort gefunden. Aus diesem Grunde haben wir unsse Zustimmung zur Unterzeichnung nicht geben können. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Hergt (Nat. Op.): Die Regierung beruht auf schwachen Füßen. Die Erklärung der Sozialdemokraten zeigt die Verantwortung des Bürgertums zu. Die Sozialdemokratie kann daher jetzt die Verantwortung nicht ablehnen dafür, daß die deutsche Arbeiterschaft in widerstandlosem Abhängigkeit vom Auslande gebracht wird. (Widerpruch links.) Der Reichskanzler hat gemeint, die Ablehnung werde zur Sklaverei führen. Im April hat man die Sklaverei abgeschafft, durch dieses Ultimatum wird sie bei uns eingeführt. Die oberösterreichische Frage wird zweifellos die Annahme in ein neues Stadium gebracht. Gewisse englische Zusicherungen können dafür sprechen. Das bezicht sich aber nur auf gewisse Bezirke Oberösterreichs, nicht auf das ganze ungeteilte Oberösterreich. Die Regierung gibt sich hier also großen Täuschungen hin. Solange uns nicht bündige Versicherungen vorliegen, daß uns ganz Oberösterreich ungeteilt zufällt, könnten wir nicht das Ultimatum annehmen. Darum haben wir uns zu unserer Stellungnahme durchgesetzt. Es handelt sich hier auch nicht allein um Fried und Gut; es handelt sich auch um moralische Gesichtspunkte, um Deutschlands Ehre.

Der Verband hat seine übernommenen Verpflichtungen gebrochen. Empörend ist sein Verhalten gegenüber den Polen. Empörend ist, daß man durch die Entwaffnungaktion neue Intrige in Deutschland jagen will. Unter diesen Umständen müssen wir nicht sagen. Wenn wir von den Folgen des Ultimatums nicht tragen können, erfolgt am 31. Mai ja doch der Einmarsch; was soll und da die Annahme nützen? Am Begentiel, der Gegner erhält sodann einen formellen Rechtesitz für das, was bisher vertragswidrig war. Jetzt müssen wir uns alles gefallen lassen. Zusammenfassend erkläre ich namens meiner Fraktion: Wir lehnen die Annahme des Ultimatums ab, weil es unerfüllbar ist und seine Annahme das deutsche Volk in kürzer Zeit wieder vor dieselbe, wie wir heute stellen würden, wie die Abschaffung der sogenannten Kriegsverbrecher ohne Beweis mit der Würde Deutschlands nicht vereinbar, weil die Entwaffnungsforderungen mit der Sicherheit des Reiches nach außen und innen unvereinbar sind. Die Feinde wollen keinen Frieden, sondern Vernichtung Deutschlands.

Abg. Ledebour (Unabh.): Die Unabhängige Sozialdemokratie ist zu dem Ergebnis gekommen, daß die Regierung das Ultimatum unter dem Zwange der angedrohten Gewaltmaßregeln

annehmen müsse. Wir verurteilen den Verhälter Vertrag als einen Gewaltfrieden des Siegenden Imperialismus, ebenso wie die wirtschaftlichen Folgen des Ultimatums als schwere Schädigungen für die Arbeiterschaft. Die Befreiung des Kriegsgebiets würde eine Arbeitslosigkeit von bisher nicht gelernter Ausdehnung herbeiführen und das deutsche Wirtschaftsleben völlig zerstören. Der Verband könnte das als Vorsäßwillige Deutschlands auslegen und aus dieser Stellung heraus die Entscheidung über Oberösterreich zu ungünstigen Deutschlands föhlen. Die ersten Bevölkerungen, mit der Durchführung der Zahlungen zu beginnen, schaffen Deutschland wenigstens eine Atempause. Die unvermeidlichen Folgen der verderbenschwangeren Verbandspolitik werden sich in den Verbundsländern zeigen, zunächst bei der Arbeiterschaft. Die Annahme des Ultimatums ist das kleinste Übel. Diese Besiedlung wird eher kommen und auf der Grundlage der Gleichberechtigung aller Völker dem Kapitalismus ein Ende machen. Den Reichskanzler aber nehm er beim Wort, wenn er von der Freiheit des deutschen Volkes spricht. Als erste Tat müsse er eine allgemeine Amnestie für alle politischen Verurteilungen ohne Vorbehinterlegung erlassen, der Ausnahmezustand müsse fallen, die Sondergerichte beseitigt werden. Das sind die Taten, die wir verlangen. (Beifall bei den äußersten Linken.)

Abg. Haas (Dem.) spricht ebenfalls zunächst gegen den Abg. Hergt, dessen Ausführungen von der schweren Gewissensnot in der oberösterreichischen Frage im Gegensatz zu seinen sonstigen Ausführungen stehen. Jeder deutsche Mann habe in dieser Frage wohl in schwerer Gewissensnot gestanden. Vielleicht war diese Entschließung noch schwerer als die von Weimar. Auch wir schämen uns nicht, zu sagen, daß auch bei uns die Anschauungen getrennt sind, denn wer kann in die Zukunft schauen. Wenn wir zu einem verschiedenen Votum kommen, sind wir doch zwingen müssen in der Anerkennung der Bedeutung dieser Frage. Da haben wir dann alles Stimmungsmöglichkeiten im Interesse des Gemeinwohls unseres Volkes zur Verfügung gestellt. Wäre es nicht besser, wenn wir alle abgelehnt? Vielleicht ist viel gewonnen, wenn wir etwas Zeit gewinnen. Vielleicht bahnt sich auch darüber eine bessere Erkenntnis an. Das waren unsere Gedanken. Dazu kam die Furcht, im Falle einer Ablehnung Oberösterreich zu verlieren. Da dürfen wir allerdings die Errichtung ausdrücken, daß nunmehr der Verband noch Fried und Gerechtigkeit sprechen wird, daß er Oberösterreich bereit oder uns das Recht gibt, selbst für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Redner dankt den Engländern und Italienern für ihre Aufmerksamkeit. Aber selbst wenn die Unterzeichnung jetzt erfolgt, sind wir der Auffassung, daß damit der Verhälter Vertrag nicht hinfällig wird, daß vielmehr die Paragraphen, die eine Nachprüfung unserer Leistungsfähigkeit betreffen, bestehen bleiben, und daß jeder Verhälter gegen den Vertrag auch uns von seiner Erfüllung entbindet ebenso wie von den Folgen der Unterzeichnung. Wenn andererseits die Vernunft unserer Gegner zu einem Abzug der Sanktionen führt, so ist schon viel gewonnen. Redner wendet sich an Bayern, alle Forderungen des Ultimatums zu erfüllen. Wird das Ultimatum aber angenommen, dann müssen wir alle uns auf den Boden dieser Annahme stellen. Wir dürfen die Regierung nicht nachher sabotieren. Es muß jeder Parteienfach zurücktreten. Wir werden die Regierung unverschämt und hoffen, daß sie noch eine Verbretzung erfährt. Sie muß Bundesgenossen in den weitesten Enden der Bevölkerung finden. Auch hoffen wir, daß bald die Zeit kommt wird, daß den Feinden die Einsicht kommt, daß mit den Methoden von Verfaßtes der Wagen Europas nicht vorwärts kommen kann. (Beifall.)

Abg. Koenig (Nom.): Die Unterzeichnung bedeutet Sicherheit für das deutsche Volk, Lebensmittelnot, aber die bürgerlichen Parteien werden auch nicht ein Gramm von ihrem Wohlleben abgeben, sondern den Arbeitern allein die Lasten aufzubürden, den Angestellten und Beamten. Der Achtstundentag soll fallen, die Arbeiter noch nicht ausgepreßt werden, um die Errichtung zu haben. Wenn sollen die kleinen Betriebe zugunsten der Großbetriebe befreit werden. Das sind die Folgen des Ultimatums. Man sieht das Unglück kommen. Es ist nicht abzusehen, und es sind Krokodilestrände, wenn man hier so tut, als ob es noch einen Ausweg gebe. Die volkischen Nationalisten haben nur die gerechte Stimmung für ihre Zwecke ausgenutzt. Redner verließ sodann eine Erklärung seiner Partei, in der nochmals die vorläufigen Ausführungen zusammenfassend werden und gegen die kapitalistische und imperialistische Politik Einspruch eingelegt wird. Der Regierung wird der Ausdruck des Vertrauens verweigert und ihr das Recht bestritten, im Namen der deutschen Arbeiterschaft zu handeln.

Abg. Heim (Part. Volk.): Wir stimmen gegen das Ultimatum, weil wir dadurch nicht zu einem dauernden Frieden kommen. Die Regierung hat die Erfüllung der übernommenen Pflichten zu verwirklichen, soweit sie erfüllbar sind. Wo das nicht der Fall sei, könne diese Erfüllung nicht verhindert werden. Die Entwaffnung in Bayern trifft keine militärische Einrichtung, sondern eine von den Sozialdemokraten geschaffene Selbstverteidigungsorganisation, die nicht unter die Bestimmungen von Verfaßtes fällt.

Der Antrag Müller (Brandenburg) - Trimborn, in dem der Reichstag sich damit einverstanden erklärt, daß die Reichs-

regierung die im Ultimatum geforderten Erklärungen abgibt, wird sodann in namentlicher Abstimmung

mit 221 gegen 176 Stimmen angenommen bei einer Stimmenthaltung. Das Ergebnis wird von der Biegung mit Pflichten aufgenommen.

Nächste Sitzung: Mittwoch 2 Uhr. Kleine Vorlagen. Schluß halb 1 Uhr nachts.

Die Beantwortung des Ultimatums

Berlin, 11. Mai. Das neue Reichskabinett wird den Bürgern auf folge unmittelbar nach Schluß der Reichstagssitzung ankommen, um den Wortlaut der Note an die Alliierten, in der die Annahme des Ultimatums ausgesprochen wird, zu beschließen. Die Note wird im Laufe des frühen Morgens nach London, Paris und Rom telegraphisch übermittelt werden. Im Laufe des heutigen Tages soll den Berliner Geschäftsträgern der Entente der Wortlaut des Telegramms mitgeteilt werden.

Das neue Reichskabinett ist, da es sich nur aus Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten zusammensetzt, eine Minderheitsregierung und wird laut "Voll. Blg." auf die Unterstreichung der bayerischen Volkspartei und der Unabhängigen eingehen sein. Das noch unbekannte Ministerium des Kriegsministeriums und das Finanzministerium soll nach dem Votum Beamten überwiesen werden. Als Kandidaten für den Außenministerposten werden von den Plätzen genannt Staatssekretär Bergmann, der Gesandte beim Bataillon von Verges und der Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie Eno.

Der Dank des Reichspräsidenten an Gehrenbach

Berlin, 10. Mai. Der Reichspräsident hat an den schreibenden Reichskanzler Gehrenbach folgendes handschriftliches geschrieben:

Berlin, 10. Mai 1921. Hochverehrter Herr Reichskanzler! Indem ich durch Übersendung des beifolgenden Abschreibes Ihren Auftrag auf Entlassung aus dem Amt des Reichskanzlers entrichte, ist es mir ein Bedürfnis, für Ihre dem Vaterland in schwerster Zeit geleisteten wertvollen Dienste Ihnen meinen tiefsinnenden Dank auszusprechen. Mit großer Offenwilligkeit haben Sie sich im vorherigen Jahre trotz schwerer Bedenken bereit erklärt, die Last des Kanzleramtes auf sich zu nehmen. Sie haben in hingebender, treuer Pflichterfüllung unter außerordentlich schwierigen Verhältnissen an der Spitze der Reichsregierung die Geschäfte mit umfassender, erfahrener Hand geführt und gelingt auf das Vertrauen, daß Sie in reichem Maße sich während Ihrer langjährigen Tätigkeit als Parlamentarier wie als Präsident des Reichstages und der verfassunggebenden Nationalversammlung erworben hatten. Gern und mit Danckbarkeit werde ich stets unserer gemeinsamen Arbeit im politischen Leben gedachten, und ich hoffe zuversichtlich, daß auch fernherhin das Reich an Ihnen erfreuen Rot und Ihre tapfträchtige Mitarbeit rechnen kann. Mit dem herzlichen Wünschen und mit dem Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung bin ich Ihr freundschaftlich ergebener

ges. Ebert, Reichspräsident."

Für die Abwehrung

(Eigener Druckbericht der "Sächs. Volkszeitung")

Berlin, 11. Mai. Der Reichspräsident empfing gestern den Vorliegenden des Reichswirtschaftsrates Seeler von Braun und eine Abordnung der Arbeitgeberleitung des Reichswirtschaftsrates. Die Abordnung überbrachte einen Beschluss der Arbeitgeberleitung des Reichswirtschaftsrates und eine Erklärung des Vorstandes des Reichsverbandes der deutschen Industrie, welche die Vordouble Beschlüsse als unbeschreibbar bezeichneten und der Regierung ihre Zustimmung auch auf die Gesetz der angekündigten Gewaltmaßnahmen empfohlen.

Eben, 10. Mai. Entgegen der in einigen Presseauszügen laut gewordenen Ansicht, der rheinisch-westfälische Bergbau trete aus Furcht vor einer Belehrung für die Annahme des Ultimatums eine Interessen im Oberbergamtbezirk Dortmund mitgeteilt, daß dies durchaus nicht zutrifft. Auch angesichts der schweren Folgen, die für den Bergbau aus einer Belehrung erwachsen würden, haben seine Vertreter auf dem Standpunkt, daß jede Unterzeichnung unverhälbarer Bedingungen im Interesse des bewohnten Volles unter allen Umständen abgelehnt werden muß.

Sie steigern Ihren Umsatz

durch Insertion in der Sächsischen Volkszeitung

Verlangen Sie kostenloses Angebot und Vertreterbesuch

++ Fernsprecher 32722 und 32723 ++

"Sieht Ihnen denn so unglaublich, was ich sage?" antwortete Rose ausweichend. Sein großer Ernst machte sie nun doch etwas üngstlich. Schnell sprang sie auf, als sich jetzt seine Hand in komphatischem Drud auf die ihre legte und verzogte, sie an sich zu ziehen. Ihre Stimme zitterte, so sehr hatte sie dieser momentane Gefühlsausbruch erfreut.

"Das ist verkehrt, mein Freund," rief sie abwehrend, "doch sind wir ja nicht groß und reich. Bis dorthin heißt es noch verhünkt sein, Herr Joseph."

In namenloser Verlegenheit stand Joseph nach dieser Rechtfertigung da; er geräute sich gar nicht mehr, etwas zu sagen.

Rose fiel es plötzlich ein, daß sie noch zu paden habe. Niemals ehrfürchtig traten beide den Heimweg an. Vor dem Wirtschaftsraum saß Rose Übermut nochmals zum Durchbruch.

Mit einem bedeutungsvollen Blick, der Joseph alles Blut zum Herzen trieb, legte sie das Buch, das sie bisher im Arm gehalten, in seine Hand.

"Dies hier zum Abschied," sprach sie in möglichst weidester Zunge, felsenlang seine Hand umschließend. Dann flüsterte sie dem vor Glück halb beblümten Joseph noch zu, er möge seine kleine Rose nur nicht allzu früh vergessen und schnell wie das Glück entblumen sie im Hausschlur.

Er hörte nur noch die Treppe hinauf ihren leichten entzündenden Schritt. Gang fühlungslos stand er einen Moment nach da er legte die Hand auf das Herz, die übergröße Freude mochte seinen Herzschlag hören.

Die Freude kamen Deute daher, das brachte ihn zur Erfahrung. Fest drückte er das teure Buch an sich und eilte hinaus in seine Kammer, wo er hastig die papiere Hülle strengte. Reißelbeschreibungen mit reichen Illustrationen waren es, die er da entzündet betrachtete. Es fiel etwas zur Erde; rutschte büchstäblich er sich es aufzuhören. Mit einem Freudenkreis hielt er Roses Bild in den Hand. Lange sah er den Menschenverbund vor dem Bild; es begann nach und nach zu dunkeln; die Wutte lehrte vom Gelde heim; mit Gewalt riss er sich endlich los von seinen Träumen.

Da fiel es ihm ein — die Nadel hatte sie nun doch behalten. Er mußte sie wiederbekommen, daß sie nicht verhängniskost für seine Liebe werden sollte.

Und dann — er mußte ihr danken, mußte sie während sie sahen, ehe sie ging; noch einmal nur die Hand ihre reichen, schloß sie ins Auge sehen.

Bevor noch die Mutter seine Anwesenheit merkte, schlenderte sie leise wieder aus dem Hause und eilte vor das Wirtschaftsraum. Die Fenster oben waren hell beleuchtet.

(Fortsetzung folgt)

Der Gänsebub

Geänftischer Roman von Dina Ernstberger

(Nachdruck verboten.)

(9. Fortsetzung.)

Diesen Abend wollte er mit Rose nochmals zum Rosenbüchel am Weiheranger gehen.

Marianne war die legien Tage oft vom Spaziergang dahin gekommen. Es war dies Joseph immer lieb gewesen. Ihre ernste, ruhige Art flohte ihm Scham und Unbehagen ab. Eher als sonst legte er heute die Arbeit aus der Hand und wunderte sich über die verschloßne Nadel, die er sich auf den Spiegel gehoben.

"Aber warum doch?"

"Die Leut sagen, wenn jemand von einem andern a Nadel nimmt, dann wird man ernstlich böß." Rose lachte laut auf. "Auf diese Weise hin dürfen Sie mir die Nadel geben; mir werden nicht böß, wie wir nicht wollen. Also bitte, Sie Kleingänziger — die Nadel."

"Ich geb die Nadel net her!"

"Aber das ist doch zu dummi; dann muß ich heim."

"Stebern T' do; ich will die Nadel hergeben. Aber Sie müssen lassen, wenn ich Sie Ihnen in die Hand leg, und mit dieselbe Nadel wieder zurückstelle, wenn Sie heimkommen."

"Das soll dann wohl die Wirkung abschwächen?"

"Ja!"

"Gut denn! Bitte die Nadel!"

Wit herzlichen Lachen holt sie dieselbe an die beschädigte Stelle ihres Kleides.

"Find Sie nun zufrieden?"

"Ja, aber Sie müssen mir die Nadel später wiedergeben."

"Auch das gefällt. Sieht Ihnen denn so viel daran, mit mir nicht böß zu werden?"

Joseph wußte momentan nicht, wie er darauf antworten sollte. Ihm war das Herz zu voll — er wirkte daher nur heftig mit dem Kopfe und sagte einfach: "Ja!"

Sie waren nun angelommen am Rosenbüchel; er blieb immer noch voll rosiges Blüten. Ohne weiteres setzte sich Rose hier ins Gras.

"Sie müssen sich hierher setzen, Joseph," sprach sie, ihm den Platz neben sich anreichend. "Wir wollen nochmal sein gehen so, wie als Kinder. Nur schade, daß die Gänse fehlten. Es ist heute der letzte Abend, wer weiß, ob wie uns je wiedersehen."

"Sie wollten nie, nie nicht hierherkommen?"

"Vielleicht auch nicht! Doch ja, zu Ihrer Hochzeit will ich kommen, wenn Sie mich einzuladen werden, vorausegeht."

"So heizat net."

"Warum nicht gar. Es gibt so hübsche Mädchen im Dorfe, da wird schon

Reichskanzler Fehrenbach

müsste höchstig in der sozialistischen Presse Vaders Sympathien laufen, weil er während des Krieges einen Berliner Reichsaußenrat, welcher der Kognatsabrechnung angeklagt war, verteidigt hätte. Vollständig an den Haaren herbeigezogen und ohne zwingenden Grund wurde Fehrenbachs Verteidigungsfähigkeit mit läppischen und ungemeinlichen Bemerkungen kritisiert und der Einbruck erweckt, als ob Fehrenbach aus wohl verständlichen Gründen die Verteidigung übernommen hätte. „Sie werden sehr wisse“, sagt der Mannemer. Auch die „Volkswoche“ hatte den Artikel vom „Borowski“, wo er zuerst erschien, übernommen. Das „Offenburger Tagblatt“, einst eine treue Sekundantin der roten Presse aus Großblodzken, hat sich bei diesem Anlaß auch der etwas vernachlässigten verwandtschaftlichen Beziehungen erinnert und hat dem Artikel auch Raum gegeben. Die „Offenburger Zeitung“ hat sich in der Sache an den Reichskanzler selbst gewandt, der ihr nun, wie wir der „Augsburger Postzeitung“ entnehmen, folgende Zeilen zugehen ließ:

Der Reichskanzler. Berlin, 30. April 1921.

Sehr geehrter Herr Redakteur!

Sie waren so freundlich, mir die Nr. 96 des „Odenauer“ Polen“ vom 26. d. M. zuzuschicken, in welcher auf meine heimatliche Verteidigung des früheren Reichsaußenrats Hitler Bezug genommen wird. Ich entspreche Ihrem Wunsche nach Mitteilung des Tatbestandes.

Ich war im Jahre 1917/18, als ich um die betreffende Verteidigung angegangen wurde, noch einfacher Abgeordneter und habe in der parlamentarischen Zeit meinem Wahlkreis abgelebt. Ein Anlaß, die ererbte Verteidigung abzulehnen, lag nicht vor. Aufgabe des Anwaltes ist es nun einmal, zu verteidigen und es war im gegebenen Falle sowohl in rechtlicher als in tatsächlicher Beziehung reichlicher Verteidigungssstoff vorhanden. Ich hatte um so weniger Grund, die Verteidigung abzulehnen, als es sich um einen badischen Landmann handelte, dessen Onkel lange Jahre mit mir im Freiburger Stadtteil gesessen ist. Meine damalige Tätigkeit beschrankte sich auf die Verteidigung des Angeklagten in der Strafverfolgung. Wenn der Artikel den Einbruck hervorruft will oder tatsächlich herzuftürtzt, daß ich etwa an der günstigen Behandlung des französischen Restaurants durch die Behörden, speziell an der Einführung von zwei Waggon-Royal aus Frankreich beteiligt sei, so entwirkt das in keiner Weise das Tatsachen. Ich habe von dieser Sache erst durch die Zeitungen Kenntnis bekommen. Ich gehörte auch niemals zu den Stammgästen des betreffenden Restaurants; dazu hätten schon meine Mittel nicht ausgereicht. In der Verteidigung des Schlemmerlebens gewisser Kreise geht ich mit dem betreffenden Artikel durchaus einig.

Die tendenziöse Verbindung meiner beruflichen Tätigkeit mit meiner nachherigen öffentlichen Stellung als Reichslandpräsident und Reichskanzler hat zweifellos den Zweck, mir eins anzuhängen. Daran bin ich gewohnt. In den drei Jahren — es sind die schwersten, die das deutsche Volk je erlebt hat —, in denen mich nicht Thron, sondern Pflichtpflicht an die Spitze des Reichstages und des Reichsregierung stellte, habe ich von gewissen Kreisen so viel an Gemeinheit erfahren, daß mich auch meine Misshandlung in der Heimat nicht mehr aufregt. Dafür habe ich auch manches Erbende erlebt. Obgleich mich jüngst schwere Sorgen plagten, glaubte ich doch keiner freundlichen Aufsiedlung entsprechen zu müssen. Ich gestatte Ihnen, aufzunehmenden Gebrauch von meiner Mitteilung zu machen.

Mit ausgezeichnetem Hochachtung Fehrenbach.

Die freie Behandlung versicherungstreier Familienmitglieder

Ist von vielen Krankenkassen eingeführt worden, was nur zu loben ist. Um nun Kosten zu sparen, hatte eine Oberschlesische Kasse innerhalb des Kassenbezirks die freie Behandlung durch Kassenärzte vorgesehen, während sie für die außerhalb des Kassenbezirks erkannten Familienmitglieder nur eine bare Vergütung zahlte, durch die die Arztkosten im allgemeinen nicht gedeckt wurden. Der diesbezügliche Sabungsbestimmung verbot das Oberärztekonsortium die Genehmigung. Vorausbehinderte sie aus, die Kasse durch entweder nur allen Familienmitgliedern Barleistungen als Zuschüsse zu den Kosten der ärztlichen Behandlung oder nur allen gleichmäßig die ärztliche Behandlung als Zuschreibung gewöhnen. Gegen diese Entscheidung erhob die Kasse Beschwerde beim Reichsversicherungsamt. Sie begründete dieselbe damit, daß die Kasse eine beträchtliche Mehrlastung nicht tragen könne und daß dadurch die ganze Familienkrankepflege gefährdet würde. Das Reichsversicherungsamt aber erklärte in einer sehr ausführlichen Begründung, daß eine Sabungsbestimmung, welche für versicherungstreie Familienmitglieder der Versicherer innerhalb des Kassenbezirks freie Behandlung durch Kassenärzte, außerhalb des Kassenbezirks statt dessen die Gewährung barer, die Kosten der ärztlichen Behandlung im allgemeinen nicht deckender Zuschüsse vorsieht, dem Grundsatz der Gleichberechtigung der Kassenmitglieder widerspreche und ungültig sei. Des Weiteren heißt es, daß die Gewährung weiterer Beihilfen am Stelle der Arzthilfe im allgemeinen eine Versicherungsleistung von minderer Werte sei. Das gelte im besondern Maße dann, wenn, wie vorliegend, der Beitrag der Beihilfen zur Deckung der eigenen Auslagen der Versicherer für die Beidraltung der Arzthilfe regelmäsig nicht ausreicht. Die Kasse könne schließlich für alle Versicherer gleichmäßig die Zahlung barer Zuschüsse für die Beidraltung der Arzthilfe bei Erkenntnis von Familienmitgliedern vorsehen, und zwar durch eine entsprechende Fassung der Sabung. Hierbei könne auch zum Ausdruck kommen, daß die Kasse die Kosten der ärztlichen Behandlung nur bis zu einem bestimmten Höchstbetrag übernimmt.

H. Sch.

Die Lage in Oberschlesien

Beuthen, 10. Mai. Die Lage ist unverändert. Die nördlichen Schiezerien haben etwas nachgelassen. Dem deutschen Wirtschaftsverein bat der Stadtkommandant gestern aufs neue erklärt, daß die Sicherheit von Beuthen gewährleistet sei. Es liegt der Befehl aus Oppeln vor, die Auführer nicht in die Stadt zu lassen. Auf den Hohenholz- und Heinrichgräber sind je 15 Mann französischer Wache gelegt worden. Der Betrieb ist zunächst in schwachem Umfang wieder aufgenommen worden. In der Stadt sind 1875 Flüchtlinge.

Tarnowitz konnte heute seit drei Tagen wieder zum ersten mal telefonisch erreicht werden. Die Lage ist unverändert. Die Stadt selbst ist von Aufzähleren so gut wie frei. Jede Nacht hört man um die Stadt herum mehr oder weniger starke Schüsse. Aus dem Landkreis kommen bittere Beschwerden über die Leiber der deutschen Bewohner. In der Stadt befinden sich etwa 450 Flüchtlinge. In Gleiwitz ist keine Veränderung der Lage eingetreten. Aus Peitschensam kommt die Nachricht, daß die französischen Polen zurückgezogen worden sind, die bisher an den Ausgängen der Stadt standen, nachdem ein höherer französischer Offizier dort gewesen war. Daraus folgt ein starker Durchmarsch von polnischen bewaffneten Banden und Truppen in westlicher Richtung ein.

Görlitzburg, 10. Mai. Von Aufzähleren frei sind nur noch drei Häuserblocks im Zentrum, die sich die Franzosen als Art neutrale Zone vorbehalten haben. Die polnische Kommandantur ist im Rathaus untergebracht. Der polnische Kommandant hat erklärt, daß in den nächsten Tagen eine polnische Gendarmerie, Spezial, Geheim und Kriminalpolizei eingerichtet wird. In den Straßen werden andauernd Deutsche festgenommen. Wer deutsch spricht oder eine abfällige Bewegung macht, wird festgenommen.

Görlitzburg, 10. Mai. Heute vormittag wurde Professor Kleinwächter durch die Polen verhaftet und in Richtung Beuthen durch ein Auto verschleppt. Der Kreiskontrolleur war nicht imstande, seine Freilassung zu bewirken. Auf Grund dieses Vorfalls ist die Beamtenfahrt gewillt, ihren Dienst einzustellen. Gestern ist das Gewerkschaftshaus der freien Gewerkschaften, in dem sich die Flüchtlinge aus dem ganzen Kreis befinden, von einer Polenbande überfallen worden, aus dem die Flüchtlinge verjagt wurden. Ein Vertreter des Gewerkschaftshaus, der den Polenführern erklärte, daß das Hand unter dem Schutz der Alliierten stände, erhielt von diesen zur Antwort, hier hätten die Alliierten nichts mehr zu befürchten. Die gesamte deutsche Bevölkerung verlangt die sofortige Abberufung des hiesigen Kreiskontrollors. Der Kreis ist nach wie vor von jeder Verbündung abschneiden und in festen Händen der Polen. Es erscheinen nur polnische Zeitungen.

Offener Bruch in der Interalliierten Kommission

Breslau, 10. Mai. In der interalliierten Kommission in Oppeln ist es zu einem offenen Bruch gekommen, die italienischen und englischen Mitglieder stehen den französischen in schroffer Abrede gegenüber, weil sie diesen vorwerfen, daß sie angeblich der Sablage in Oberschlesien verführen, die Lösung hinauszuschieben. Die Differenzen haben sich sogar zu solchen reichsweiten Maßnahmen erweitert, und es hat bestätigte Einzelaustritte zwischen den Mitgliedern der Kommission gegeben. Der zweite italienische Bevollmächtigte, der bekannte Universitätsprofessor Piazzesi, hat sein Amt niedergelegt und ist abgereist, begleitet von zwei englischen und einem italienischen Kreiskontrolleur um Enthebung von Ihren Posten gebeten.

Polnischer Angriff auf das westliche Oderufer

London, 10. Mai. Die Lage in Oberschlesien hat sich nach den Meldungen, die bis zum 10. Mai abends vorlagen, dadurch verschärft, daß nunmehr die Aufständischen, nachdem sie Verbündete erhalten haben, einen Angriff auf das westliche Oderufer vorbereiten. Die Städte Raudorf und Rosel sind besonders bedroht. Seit heute nachmittag 8 Uhr war mit Rosel eine Verbündung nicht mehr zu erhalten. Der Hafen von Rosel ist heute von den Aufständischen bereits besetzt worden, denen größere Mengen von Lebensmitteln in die Hände fielen. Bei den Kämpfen um Raudorf haben die polnischen Auführer Artillerie verwandt. Auf einige Ortschaften in der Nähe von Raudorf ist heute von Insurgents mit Artillerie geschossen worden. Bogolin bei Raudorf wurde heute von den Polen besetzt. Bei den Kämpfen um Raudorf sind weiterhin ein anderer erneut die Angehörigen eines regiments sowie einer Grenzschutz- und einer Gendarmerieabteilung festgestellt worden. Die Arbeitsaufnahme in einzelnen Betrieben mit vielfach deutscher gebliebener Arbeitseinsicht hat mit einer Entspannung der Lage nichts zu tun. Die Wehrkraft gelegtmäßiger Zustand muß durch andere Mittel herbeigeführt werden. Die Lage in den einzelnen Gebieten ist sonst wenig verändert. Aus Tarnowitz wird eine sehr starke Lebensmittelknappheit gemeldet. Al. Rosenberg mußte von den Aufzähleren heute wieder geräumt werden.

Alliierter Note an Polen

London, 10. Mai. Die alliierten Regierungen haben mit Rücksicht auf die Lage in Oberschlesien eine strenge Note an die polnische Regierung gerichtet.

Stellung der polnischen Regierung

Berlin, 11. Mai. Wie aus Warschau gemeldet wird, handelt eine Konferenz der Parteiführer mit dem Ministerpräsidenten Witos statt. Witos machte die Parteiführer mit dem amtlichen Material über die Bewegung in Oberschlesien bekannt. Die polnische Regierung betrachtet es als ihre dringendste Aufgabe, so schnell wie möglich eine Verhüllung der Gemüter und die Wiederherstellung normaler Verhältnisse in Oberschlesien herbeizuführen. Dazu sei eine Bekleidung der Sabungsbestimmung, welche für versicherungstreie Familienmitglieder der Versicherer innerhalb des Kassenbezirks freie Behandlung durch Kassenärzte, außerhalb des Kassenbezirks statt dessen die Gewährung barer, die Kosten der ärztlichen Behandlung im allgemeinen nicht deckender Zuschüsse vorsieht, dem Grundsatz der Gleichberechtigung der Kassenmitglieder widersetzt. Dieser Artikel wird nicht nur zur moralischen und materiellen, sondern auch zur aktiven Unterstüzung der Aufständigen aufgerufen. Ferner wird der Ministerrat ermahnt, selbst vor einer bewaffneten Einigung nicht zurückzuscheiden.

In einer Entscheidung des Parteileitung der Waffen- und Waffen-Partei heißt es: Wir fordern alle Mitglieder der Ortsgruppen auf, den oberösterreichischen Aufständischen alle Hilfe zu bringen, zu der wir fähig sind, sei es in Form von Geld oder Lebensmitteln, sei es durch aktive Hilfe im Freiheitskampf.

Österreich und Polen

Prag, 10. Mai. Die Stimmung in Prager östlichen Kreisen ist nach wie vor besorgt. Um das Eindringen polnischer Banden in das tschechoslowakische Gebiet zu verhindern, wird die Einrichtung dreier Militärzweigabteile vorbereitet. Die gesamte tschechische Presse verurteilt die Konsolidations-Politik. Die oppositionelle „Kadet“ schreibt: Die Konsolidations-Kräfte bestehen nicht aus Verbündeten, sondern aus regulären Truppen.

Spanische Stimmen gegen die französischen und polnischen Raubgelüste

Madrid, 10. Mai. Wie kommt unter dem Titel: Die Muhr und Oberschlesien einen schrift gehaltenen Beitrag. Das Blatt sagt, Polens Verhalten sei undiskutabel und angezeigt, es respektiere nicht den Willen der tschechischen Patrioten und rufe zu den Waffen, um den Raubzug zu verhindern. Es wisse, daß augenblicklich in der Welt wider Geist noch Gerechtigkeit herrsche, es reiche mit der schulhaften Mitwirkung der Großmacht, die die Politik des europäischen Kontinents beherrsche und die ihrerseits die Angelegenheiten Polens ihrer imperialistischen Pläne nutzbar mache. Der Einbruch der Polen in Schlesien falle mit dem drohenden Einmarsch der Franzosen im Ruhrgebiet zusammen. Man brauche nicht sehr spitzfindig zu sein, um in diesem Zusammentreffen einen seitgelegten Plan zwischen Paris und Warschau zu erkennen. Frankreich und Polen wollten, wenn möglich, das Volk vernichten, dessen Arbeit für das Wirtschaftsleben Europas notwendig sei.

Die deutschen Gewerkschaften gegen den polnischen Terror

Kattowitz, 10. Mai. Die deutschen Gewerkschaften haben die Interalliierte Kommission in Oppeln folgendes Telegramm gerichtet: Die Interalliierte Kommission hatte versprochen, die Ruhe und Ordnung in Oberschlesien wiederherzustellen, ohne daß sich an den bestehenden Zuständen, die nunmehr bereits eine Woche bestehen, etwas geändert hat. Die deutschen Gewerkschaftsvertreter haben Ende voriger Woche die Arbeitserlaubnis zur Arbeit aufgerufen. Der Führer der Aufständischen Konsolidation hat nachdrücklich dasselbe getan. Ein Vertreter der Königshütter Arbeiterschaft war am Sonnabend von der Interalliierten Kommission verhört worden, daß die Arbeit am Montag in vollem Umfang wieder aufgenommen werden sollte. Wir stellen fest, daß auf vielen Gruben und Werken am Montag Arbeitserlaubnis mit Waffengewalt an der Arbeit verhindert wurden. Ferner wurden von den Arbeitern an anderen Orten von den Aufständischen gegen hohes Entgelte ausgestellte Scheine verlangt. Wir erachten, umgehend Maßnahmen zu ergreifen, daß die arbeitswillige Arbeiterschaft ohne Bedrohung und ohne Forderung ihrer Arbeit nachgehen kann.

Zusammentritt der Reparationskommission

Paris, 10. Mai. Die Reparationskommission ist heute nachmittag zusammengetreten. Der offizielle Vertreter der Vereinigten Staaten Washington nahm zum ersten Male wie der an den Beratungen teil. Die Reparationskommission sieht die Abschaffungsarbeiten für die deutschen Lieferungen auf Grund des Artikels 235 des Friedensvertrages fort. Abzuschälen sind nach dem „Tempo“ natürlich die noch zu liefernden Kosten, das zurückgelassene Kriegsmaterial und die ausgelieferten Waffen. Zur Regelung der letzteren Frage befindet sich augenscheinlich eine deutsche Delegation in Paris, die letztere mit der Reparationskommission verhandelt. Die Kommission hat eine Frist von acht Tagen zur Einreichung schriftlicher Bemerkungen gewährt.

Rollerhebung am Rhein

Ludwigshafen, 10. Mai. Heute vormittag um 10 Uhr trat die Rollerhebung an der Rheinüberquerung in Kraft. Am Ludwigshafen wird der Roll auf den Brückengeländern entzweit. Die Fahrgäste der elektrischen Straßenbahn, die Roll auf sich haben, müssen an den angezeigten Stellen austreten.

Keine Nachrichten

Hannover. Gestern fand auf Groß-Schülper die Hochzeit des einzigen Sohnes des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg statt. Die Braut, Freiherrin Margaretha v. Marenholz, ist die dritte und jüngste Tochter des verstorbenen Königlich Preußischen Kammerherren und Herzoglich Braunschweigischen Oberhofgerichtsleiters v. Marenholz.

Berlin, 10. Mai. Der tschechische Mörder Freidrich Schumann, der schmal zum Tode verurteilt worden war, ist heute schließlich in Moabit durch den Sachsenrichter Schwab aus Dresden hingerichtet worden.

Nachrichten aus Sachsen

Das Orgelverbod in Sachsen

Das Polizeiamt in Leipzig hatte im November vorigen Jahres einer Verordnung des Ministeriums eine geplante Verkündung der Organisation Eiserner, zu der vertraglich eingeladen war, verboten. Der Vater der Organisation und ihr damaliger Vorsitzender für Sachsen batte gegen dieses Verbot bei der Kreishauptmannschaft Leipzig Rechts eingezogen. Die Kreishauptmannschaft hatte den Rechts verworfen, weil das Polizeiamt Leipzig tatsächlich nur einer Anweisung des Ministeriums des Innern, als der oberste Polizeibehörde des Landes, nachgekommen sei. Hierzu haben die beiden genannten Väter der Organisation Eiserner beim Oberverwaltungsgericht nicht vor, daß die Kreishauptmannschaft bis in Bezug auf kommende Rechtsgrundlagen zunächst noch selbst zu prüfen habe. Die Sache wurde daher an die Kreishauptmannschaft zur Erteilung einer neuen Entscheidung zurückgewiesen. Dieses hatte aus den vorliegenden Unterlagen keinen Inhalt darin entnommen können, daß die Organisation Eiserner in Leipzig der Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. Mai 1920 zuwidere gehandelt habe, auf deren Grundlage das Ministerium des Innern sein Verbot erlassen hatte. Die Kreishauptmannschaft erachtet deshalb die verbotene Verkündung nach dem bestehenden Reichs- und Landesrecht hätte stattfinden dürfen.

Anwaltliche hatte der Reichspräsident unter dem 20. März 1921 eine Verordnung erlassen, deren § 22 die eben erwähnte Verordnung vom 30. Mai 1920 außer Kraft setzte. Anwaltliche hat das Polizeigericht das von ihm verhängte Verbot der Leipzigischen Organisation Eiserner aufgehoben. Im übrigen hat das Ministerium des Innern der veränderten Sachlage durch folgende Verordnung Rechnung getragen:

In der Verordnung des Reichspräsidenten über die Bildung außerordentlicher Gerichte vom 20. März 1921, RGBl. S. 871, ist die frühere Verordnung des Reichspräsidenten betreffend die Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit nötigen Maßnahmen, auf Grund des Art. 48, Abs. 2 der Reichsverfassung vom 30. Mai 1920, RGBl. S. 1174, aufgehoben worden. Damit ist dem sächsischen Verbot der Orgel in der Verordnung des Ministeriums vom 20. August 1920, 1045 II 1. S., die Rechtsgrundlage entzogen worden. Diese Sachlage enthebt die Polizeibehörden aber nicht von der Verpflichtung, der Tätigkeit der Orgel in Sachsen auch weiterhin ihre besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Bei Beobachtung der Tätigkeit der Orgel werden die Polizeibehörden vor allem zu prüfen haben, ob hochverräterische Handlungen (§§ 81 ff. St. G. B.) in Frage kommen. Daneben wird sich die Überwachung der Orgel darauf zu erstreben haben, ob ihr Verhalten mit den Bestimmungen des Gesetzes zur Durchführung des Art. 177, 78 des Friedensvertrages vom 22. März 1921, RGBl. S. 235, im Widerstreit steht. Wenn die Orgel auch in ihrer Sitzung ausdrücklich bestimmt, daß die Vereinigung sich nicht mit militärischen Dingen befaßt, so würde doch jede Verstärkung mit militärischen Angelegenheiten eine Zuwendungsangabe gegen das erwähnte Gesetz vom 22. März 1921 darstellen. Die Polizeibehörden sind deshalb in allen diesen Fällen verpflichtet, Vericht an das Ministerium zur Entstehung wegen Auflösung der Orgel zu erfordern.

Dr. Fiedlers Amtsentlassung

Da der im Landtag behandelten Angelegenheit Dr. Fiedler, über die mit schon früher berichtet, und dem Vorgehen des Landtagskonstituums gegen ihn schreibt die Sachsenische Evangelisch-Lutherische Kirche:

Die Entlassung des früheren Vaters in Niedersachsen Dr. Fiedler aus seinem Amt hat länglich, namentlich durch die Landtagsverhandlungen darüber, Aufsehen erregt. Nunmehr hat sich auch der Pfarrerverein für Sachsen dazu gehakt und durch seinen Vorstand folgende Kundgebung beschlossen: „Es widerstreicht jedem löslichen Empfinden, daß ein Theologe von 25 Jahren in einem Buche Christentum, Kirche und Pfarrerland mit den schändlichsten Wörtern schändet und gleichwohl ein Amt in der sächsischen Landeskirche zu bekleiden und ein Mitglied unseres Vereins zu sein wolle.“ Interessant ist auch das Urteil der Frankfurter Zeitung: „Wenn man die Schrift Dr. Fiedlers gelesen hat, kann man nicht zu dem Ergebnis kommen, daß Pfarrer Fiedler keinen Anlaß zu einer Beanstandung gegeben habe. Er hat Luther in den härtesten Gegenfaz zu Christus gestellt. Nun, er mag dieser Ansicht sein, aber kann er dann noch Pfarrer einer lutherischen Kirche sein? Wer so denkt wie Fiedler, müßte selbst die Konsequenzen ziehen.“

Aus Dresden

— Motett der Deutschen in der verlorenen Ostmark. Neben dieses Thema wird am 21. Mai, 8 Uhr abends, Walter Paul Schottke aus Grimma

Letzte Telegramme Die Antwort der neuen Regierung an die Entente

Berlin, 11. Mai. (Amtlich.) Der deutschen Botschaft in London ist in der vergangenen Nacht folgendes zur Übermittlung an Lloyd George telegraphisch überbracht worden:

Auf Grund des Beschlusses des Reichstages bin ich beauftragt, mit Beziehung auf die Entschließung der alliierten Mächte vom 5. Mai 1921 namens der neuen deutschen Regierung folgendes wie verlangt zu erläutern:

Die deutsche Regierung ist entschlossen,

1. ohne Vorbehalt oder Bedingung ihre Verpflichtungen, wie sie von der Reparationskommission festgestellt sind, zu erfüllen;

2. ohne Vorbehalt oder Bedingung die von der Reparationskommission hinsichtlich dieser Verpflichtungen vorgeschriebenen Garantiemaßnahmen anzunehmen und zu verwirken;

3. ohne Vorbehalt oder Verzug die Maßnahmen zur Abschaltung zu Lande, zu Wasser und in der Luft auszuführen, die ihr in der Note der alliierten Mächte vom 29. Januar 1921 notifiziert worden sind, wobei die rückständigen sofort und die übrigen zu den vorgeschriebenen Zeiten auszuführen sind;

4. ohne Vorbehalt oder Verzug die Aburteilung der Kriegsbeschuldigten durchzuführen und die übrigen unerfüllten im ersten Teile der Note der alliierten Mächten vom 5. Mai erwähnten Vertragbestimmungen auszuführen. Ich bitte, die alliierten Mächte von dieser Erklärung unverzüglich in Kenntnis zu setzen.

Dieselbe Note ist nach Paris, Rom, Brüssel und Tokio gesandt worden.

Gemeindeversammlung zu Leipzig im Städtischen Kaufhause

Die Gnadenstage der hl. Mission in Leipzig sind nun vorüber. Wie im November 1919, so löschen auch diesmal wieder Hunderte von Gläubigen den Namen des Herren Patres aus Philippstorf und senden innere Ruhe und Sammlung in unferre jammer- und unruhvolle Zeit.

Einen Höhepunkt der Mission bildete gewiß die öffentliche Gemeindeversammlung, die am Himmelfahrtstag im großen Saale des Städtischen Kaufhauses stattfand. Hatten die Predigten in den Kirchen mehr dem einzelnen Menschen gegolten, so sollte in jener Versammlung die Stellung des Katholiken zu den öffentlichen Tagesfragen erörtert werden. Wie können den Gedanken, eine solche Verantwortung im Rahmen einer Mission abzuhalten, als glücklich bezeichnen. Trost regnerischen Wetters und trotz der großen Schlußgedanken am Abend fanden sich noch Hunderte ein, um der klaren, noch form und Inhalt gleich vollendeten Rede des hochw. Redemptoristenpaters zu lauschen. Ausgehend von den traurigen Tage unseres Vaterlandes legte er dar, daß es verkehrt sei, beim Anblick der Trostlosigkeit und Sittenlosigkeit der Zeitgeist die Hände mühig in den Schoß zu legen. Gerade wir Katholiken müssen mitarbeiten am stützlichen Wiederaufbau. Um aber dazu die geeigneten Mittel zu finden, ist es zunächst nötig, die Schäden und ihre Ursachen genau kennen zu lernen. Daraus ergeben sich dann am ehesten die Heilmittel für eine dauernde Besserung. Die Wunden, die unserem Volke und Vaterlande geschlagen wurden, sind politischer, wirtschaftlicher, sittlicher und religiöser Art. Da ist zunächst der Zusammenbruch der alten Staatsformen. Neben die Vorzüge der einen oder anderen von ihnen steht zu reden, ist zwecklos. Die Kirche bedauert keine. Denn jede Staatsform ist letzten Endes von Gottes Gnaden, und darum gelten auch sie alle Obligationen und Unterthanen gewisse Rechte und Pflichten, die nicht überschritten werden dürfen, wenn der Staat erhalten bleiben soll. Der staatliche Zusammenbruch war begleitet von

einem solchen auf wirtschaftlichem Gebiete. Die Überspannung unserer Wirtschaft durch den Kapitalismus der letzten Jahrzehnte sucht man auszugleichen durch radikale Forderungen des Sozialismus und Kommunismus. Beide Richtungen haben deswegen so schroffe Formen angenommen, weil sie nicht orientiert sind nach dem christlichen Sittengefesse. Es gab schon einmal einen Kommunismus, nämlich den des Irrenstaates. Der aber war himmelweit verschieden von dem unserer Tage. Denn damals verlaufen die Befürworter ihres Reichs — ohne daß es jemand verlangte — und legten den Grabs freiwillig zu den Füßen des Apostels nieder. Das ist etwas anders als die Forderung der Anhänger Rosa Luxemburgs, alles zu nehmen und zu teilen. Nicht darf es heißen: die Kapitalismus — bis Kommunismus, sondern: christliche Solidarismus! — Beklagen müssen wie auch den Trümmerhaufen auf moralischen Gebieten. Nachdem und tangend fekt man sich über alles Recht und Gesetz hinweg, und doch sind die zehn Gebote vom Sinai nicht willkürlich zusammengefaßt, sondern Ausdruck eines Gesetzes, gültig für alle Nationen und Völker. Und jedes Volk, das diese ewigen Gesetze missachtet, ist zugrunde gegangen und wird zugrunde gehen. Der letzte Grund für unsere jammervolle Zustände liegt endlich auch in dem religiösen Haber der Zeitgeist. Die religiöse Gleichgültigkeit, der Unglauben und Irreligion — sie alle sind letzten Endes Auswirkungen der Glaubensspaltung. Luther's Abjage 1521 und die heutigen religiösen Zustände in Deutschland stehen in ursächlichem Zusammenhang. Soll unser Volk wieder aus all der Not gefunden, so ist vor allem eine religiöse und sittliche Erneuerung nötig. Gleichzeitig sollen wir Katholiken heute auch Apostel durch unser Beispiel sein. Nötig ist es dazu, daß wir uns organisieren, zusammenziehen in Vereinen. Heilige Pflicht ist es, einzutreten für die christliche Schule, die eine religiöse Erziehung unserer Kinder gewährleistet. Darum dürfen wir in die gesetzgebenden Räder eindringen. Darum wählen, die eintreten für unsere Ideale. Eine Gewissenspflicht ist endlich auch das Eintragen für unsere katholische Presse. Diese Großmacht, die die Feinde von Religion und Sittlichkeit mit nur zu guten Erfolgen handhaben, müssen auch wir uns zum Verbündeten machen. Sie ist für uns heutigen Tages einfach unentbehrlich. Die "Sächsische Volkszeitung" gehört unbedingt in jedes katholische Haus. Das Opfer hierfür darf einer katholischen Familie nicht zu groß sein.

Herrlicher und anhaltender Beifall folgte den Worten des Redners. Er war nicht nur eine Zustimmung zu seinen überzeugenden Darlegungen, sondern auch ein Zeichen des Dankes für die Stunden der Erbauung in den Tagen der hl. Mission. Am Anschluß an diese Rede ergriff der verdienstvolle Vorsitzende der katholischen Elternräte Leipzig's, Herr Kaufmann Ebdemann, das Wort. Er nahm die Gedanken über die katholische Schule und Erziehung noch einmal auf, gab einen kurzen Rückblick über die Elternratswahlen in Leipzig und ermahnte die Eltern, auch fernherin einzutreten für die konfessionelle Schule. Ferner gab er einen Überblick über den jetzt vorliegenden Entwurf des Reichswahlgesetzes und zeigte die ihm anhaftenden Rüngeln und Lücken. Nach gemeinsamem Gesang schloß Herr Superior u. Prästor Stranz an die Versammlung unter Dankesworten an die hochw. Herren Patres und mit einem Appell an die Gemeindemitglieder, an ihrem Teile mit dazu beizutragen, daß die Gedanken der beiden Redner zur Tat werden. P. S.

Gemeinde- und Vereinsnachrichten

5. Hirschfelde. Zu einer schönen Aufführung gestaltete sich das Zusammentreffen der Südböhmische Volksvereinsgruppen in Hirschfelde. Mindestens 800 Personen füllten den geräumigen Saal. Nach herzlicher Begrüßung durch den Seidentorfer Geschäftsführer Klaus hieß Herr Kaplan Hartmann einen klaren, ließglänzenden Vortrag über das Freudenfest. Während des Vortrags gaben ihm die aufmerksamen Zuhörer als Dank. Während der Pause fanden Blugblätter und Schrif-

ten über das Freudenfest gute Aufnahme. Der Seidentorfer Kirchenchor bot dann in dankenswerter Weise zwei Lieder, ebenso wurde von Fräulein Voron ein Solo und von dem Lehrercollegium ein heiteres Quartett gefungen. Herr Schubert-Ostrich machte die Versammlung aufmerksam auf eine Männertagung am 22. Mai in Ostrich und lud alle katholischen Männer dazu ein. Herr Kaplan Ebdemann dankte am Ende im Namen der Gäste für das Gehoers und wünschte bald wieder eine ähnliche Tagung. Zur anschließenden Maiandacht erwies sich natürlich unser kleiner Kapellen, das treue Hände reich geschmückt hatten, als zu eng, so daß viele im Garten Platz nehmen mußten. Es wurde auch zu den Vorgängen in Ebersbach Stellung genommen und folgende Resolution an den dortigen Schulvorstand, das Löbauer Bezirkschulamt und das Kultusministerium abgesandt:

Mindestens 300 in Hirschfelde versammelte Mitglieder der Volksvereine von Ostrich, Königshain, Reichenau, Seidentorfer und Hirschfelde weisen die von Mitgliedern des Schulvorstandes in Ebersbach in der öffentlichen Schulverstandssitzung vom 19. April ausgeübten Beschimpfungen und beleidigungen drüftigste Eltern auf das entschiedenste zurück. Ebenso verurteilten sie das Verhalten des Vorstandes und verlangten auf Grund der verhinderten Freiheit und des § 135 der Reichsverfassung Strafe der religiösen Überzeugung auch der christlich gesinnten Bürger in Ebersbach. Sie verlangen auf das bestimmteste Mahnungen, die derartige Vorcommisse in Zukunft unmöglich machen.

Ferner wurde Herrn Landtagsabgeordneten Ebdemann folgendes Schreiben zugesetzt:

Die in Hirschfelde verankerten Volksvereinsmitglieder von Ostrich und Umgegend, Königshain, Reichenau, Seidentorfer und Hirschfelde danken dem einzigen Rentzungsabgeordneten Sachsen für sein energisches Eintreten für die Gewissensfreiheit der christlich gesinnten Bürger und bebauen, daß die Regierung sie in Zukunft wegen der unerhörten Vorfälle in Ebersbach nicht ein einziges Wort der Rechtfertigung gegen die Beleidigungen gefunden hat. Sie sind der festen Überzeugung, daß es auch in Zukunft unerschöpft für die wahre Freiheit eintreten wird, und wünschen ihm eine gestärkte Gesundheit und Gottes Segen dazu.

Geschäftliches

Tod Vertrauen zur Heilkrat der Natur. Auch der berühmteste Arzt hat dieses Vertrauen. Man darf sogar sagen, daß je berühmter und erfahrener ein Arzt ist, desto tiefer wurzelt seine Überzeugung, daß der menschliche Körper ein Instrument ist, dem schwer beizukommen, wenn die Natur nicht mithilft. So ist es auch gekommen, daß in letzter Zeit die elektro-galvanische Behandlung von Körper und Nerven auch in Vergleichsetzen beständigen Anhang gefunden hat. Die elektro-galvanische Behandlung durch den Wohlmuths elektro-galvanischen Apparat "Wolfe-Gewehr" bedeutet keinen Eingriff in die Natur, sondern die Ausführung einer Naturkraft, die Körper und Nerven gleichwohl tut, die schwächen Krankheitsleime durch verstärkten Blutumlauf aus dem Körper ausscheidet und so Widerstandskraft und Gesundheit festigt und vermehrt. Druckschriften kostenlos durch G. Wohlmutz u. Co., A.-G., Dresden-Alstadt, Bürgerwiese 22 (Haus Dianaabad).

Sport

Voraussagungen

Karlshorst, 12. Mai, 8 Uhr nachmittags. 1. Altmann; Kaltschmidt; 2. Domibucus, Rustig; 3. Demetrios, Lot; 4. Marboius, Rose; 5. Phantast, Wolpolis; 6. Sylda, Siefer; 7. Neul, Germa.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil: Friedrich Rötting; für den Inseraten Teil: Peter Graber. — Druck und Verlag der "Saxonia-Buchdruckerei" G. m. b. H. zu Dresden.

Vereins- und Partei-Anzeiger Zentrum (Christl. Volkspartei) Leipzig.

Donnerstag den 12. Mai abends 1/28 Uhr
im „Burgkeller“.

Mitglieder-Versammlung

Referate: Herr Justizrat Dr. Schrömbgens und Herr Studienrat Dr. Stein:

Berichte über die letzten Versammlungen des Kath. Präßvereins und der Saxonia-Buchdruckerei G. m. b. H.

Um zahlreichen Besuch bittet

Der Vorstand.

975

Voranzeige:

Montag, den 27. Juni, spricht Dr. Herrschel, Breslau, M. d. R., in der hiesigen Ortsgruppe.



Filz- und Stroh-Hüte
in allen Formen u. Preislagen
Heinrich Padberg
Dresden, Leipziger Straße 70
Fornsprediger 14360 m
Umarbeiten — Neuverrichten



Tagal-Hüte • Bast-Hüte • Litzen-Hüte

Umpressen und Färben schnell und billig.
Große Auswahl, noch billige Preise.

Hutfabrik, Dresden, Pillnitzer Straße 19 nur 19



HUBERTY
Wäsche
Hüte
Stöcke
Krawatten

DRESDEN-A. PRAGER STR. 6
CENTRAL-THEATER-PASSAGE

ZITTAU:

Für die Festtage empfehle ich
deutsche und franz. Rotweine
Rhein- und Moselweine
in reicher Auswahl

Kognak :: Weinbrand

und verschiedene Liköre

P. Räucherlachs, Hummer

Ananas :: Pfirsiche

Hilarich Perlitz, Zittau

Weberstraße 21 999

Wer Film-
Schauspielerin werden
will, wende sich sofort
um Auskunft mit Rück-
porto an den Deutschen
Bielbund, Nürnberg,
Weberplatz 11. [992]

Klytos +

Dusch-, Leib- und Monats-
binden, Windelhos, Schläuche,
Unterlagen, Frauentreppen und
Tee, Dauerwäsche, Zelida,
Versandhaus 977
M. Thierfelder,
Dresden, Amalienstraße 28.I.

NUR FÜR PUTZMACHERINNEN!

Mein gut sortiertes Lager in allen Putzartikeln,
wie Hüten, Linonformen, Bändern, Tüll, Blumen,
Federn, Krepp, Schleierln empfehle ich bestens.

Verkauf nur an Putzmacherinnen 908

ADOLF REHMANN, CHEMNITZ, Chemnitzer Str. 1, 1.

Herren-, Damen- u. Kinderhüte

in allen Ausführungen

kaufen Sie sehr vorteilhaft zu niedrigsten Preisen bei

Gegr. 1887 B. Fischer Jersuspr.

11975

Strohhut- und Filzhut-Fabrik

Dresden, Ringstraße 17 :: Einzelverkauf nur 1. Stock